



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 21. März 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 42 Menschen somalischer Staatsbürgerschaft sind am Freitag vergangene Woche von einem Kampfhubschrauber bei ihrer Flucht über das Rote Meer erschossen worden. Sie waren auf dem Weg von Jemen in den Sudan. 80 Menschen wurden gerettet. Es ist nach wie vor unklar, wer die Verantwortlichen für den Angriff sind.
<https://www.theguardian.com/world/2017/mar/17/somali-refugees-killed-helicopter-attack-off-yemen-coast> (17.03.17)
- Gestern wurden innerhalb von 24 Stunden 3.315 Menschen vor der libyschen Küste gerettet.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-europa-mehrere-tausend-bootsfluechtlinge-im-mittelmeer-gerettet/19540964.html> (20.03.17)
- Minister der türkischen Regierung wie Staatschef Recep Tayyip Erdogan haben mit einer Aufkündigung des Deals zwischen der Türkei und der EU gedroht. Gleichzeitig hat sich die Zahl der in Griechenland Ankommenden von durchschnittlich 35 auf 100 erhöht. Dass türkische Behörden die Menschen nicht mehr vom Fliehen abhalten, ist nicht bestätigt, ein Grund für die Erhöhung könnten auch gute Wetterbedingungen sein.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-in-der-tuerkei-oeffnet-erdogan-schon-die-schleusen/19544072.html> (20.03.17)
- Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei ist ein Jahr alt geworden. Die *Zeit* zieht Bilanz und stellt fest, dass das Abkommen eine Ruine sei, doch den Zweck, die Fliehenden fern zu halten, erfülle es. Der Mechanismus, dass jede*r illegalisiert über die Ägäis Fliehende von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt und dafür ein*e Fliehende legal in die EU in die Türkei einreisen kann, funktioniert nicht. Das liegt vor allem an den langen Asylverfahren in Griechenland die wiederum durch die mangelnde Solidarität der EU-Mitgliedsstaaten bedingt seien. 916 Menschen habe Griechenland zurück in die Türkei abgeschoben, in den letzten zwölf Monaten flohen dagegen 30.000 Menschen in die umgekehrte Richtung. Neben den Asylverfahren sei die bisher überwiegende Einschätzung griechischer Behörden und Gerichte, dass die Türkei nicht sicher sei, ein Grund für die hohe Differenz. Bestrebungen der EU-Kommission, beraten und ermutigt durch die Unternehmensberatung McKinsey, drängen Griechenland, die Asylverfahren zu beschleunigen. Hochrangige Vertreter*innen der Asylbehörde bestehen aber auf

gründliche Verfahren. Die wären auch schneller zu haben würden die EU-Mitgliedsstaaten die 400 versprochenen Beamt*innen zur Unterstützung entsenden. Die europäische Asylbehörde EASO hatte neulich verkündet, dass inzwischen immerhin 100 Beamt*innen in Griechenland arbeiteten. Weiterhin funktioniere das Umsiedlungs-Programm nicht. Griechenland wurde versprochen, dass 160.000 Menschen auf die anderen Mitgliedsstaaten verteilt werden. Auf gerade einmal 13.546 Menschen, die zunächst in Griechenland *und* Italien in der EU ankamen, traf dies zu.

Weiterhin sieht der Vertrag zwischen EU und Türkei vor, dass ein „freiwilliger humanitärer Mechanismus“ greife sobald weniger bis keine Fliehende mehr aus der Türkei nach Griechenland kommen. Dieser sieht die Aufnahme von Fliehenden aus der Türkei durch die EU-Mitgliedsstaaten vor. Ob der Mechanismus ausgelöst wird, wird zur Zeit geprüft. Die Türkei droht nun, das Abkommen aufzukündigen. Leidtragende dieses Deals sind die Fliehenden sowie Griechenland.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/fluechtlinge-eu-tuerkei-abkommen-europa-griechenland-lesbos-angela-merkel> (20.03.17)

- Ungarn wurde wegen der Internierung und Abschiebung zweier Menschen bangladeschischer Staatsbürgerschaft vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt. Die beiden Betroffenen erhalten Entschädigungen und Auslagenerstattung von in der Summe 18.705 Euro, zumindest ist Ungarn zur Zahlung der Summe verpflichtet worden. Das ungarische Parlament hatte erst vorvergänger Woche ein Gesetz verabschiedet, mit dem Fliehende nun pauschal inhaftiert werden sollen, auch die Internierung von Minderjährigen, auch unbegleiteten, ist geplant.

<http://orf.at/stories/2383713/> (17.03.17)

<http://www.migazin.de/2017/03/15/gerichtshof-menschenrechte-ungarn-wegen-behandlung-von-fluechtlingen-verurteilt/>

[utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter](http://www.migazin.de/2017/03/15/gerichtshof-menschenrechte-ungarn-wegen-behandlung-von-fluechtlingen-verurteilt/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter) (15.03.17)

- Der United States District Court in Honolulu, Hawaii, hat das zweite Einreiseverbot des US-Präsidenten Donald Trumps gegen Menschen sechs verschiedener Staatsangehörigkeiten ausgesetzt. Begründet wird dies damit, dass das Dekret offensichtlich eine bestimmte Religion benachteilige, darauf lasse auch die Rhetorik Trumps schließen.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-auch-zweites-einreiseverbot-gestoppt-a-1138975.html> (16.03.17)

- Die ungarische Regierung hat eine Wirtschaftsblockade gegen die von Separatist*innen beherrschten Gebiete im Ostteil des Landes verhängt. Die *NZZ* erklärt den Schritt mit zwei Gründen: erstens hätte die Ukraine es nicht länger akzeptieren können, dass Kohlelieferungen von Aktivist*innen länger blockiert worden wären, zweitens würden nationalistische Bewegungen Druck ausüben. Die Blockade der Ostgebiete werde von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt. Zudem seien vor Kurzem die Eingänge russischer Bankfilialen zugemauert worden nachdem die Nationalbank Sanktionen gegen die Banken verhängt hatte.

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/kommentare/wirtschaftsblockade-des-donbass-nationalistische-volten-in-der-ukraine-ld.151545> (15.03.17)

Bund, Land, Kommune

- Laut Angaben der Polizeibehörden der Länder hat es zwischen 2014 und 2016 mehr als 430 Suizidversuche unter Geflüchteten gegeben, 19 endeten tödlich.

http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-deutsche-behoerden-zaehlen-hunderte.1939.de.html?drn:news_id=721817 (15.03.17)

- Neben dem EU-Türkei-Deal ist auch das Asylpaket II ein Jahr alt geworden. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte syrischer Staatsbürgerschaft wurde hier für zwei Jahre ausgesetzt. PRO ASYL's Leiter der Rechtsabteilung Bernd Mesovic nennt das

Paket „problematisch“ da mit allen Mitteln versucht werde, die Verfahren zu beschleunigen. Neben weiteren wurde auch die Abschiebung von Kranken erleichtert.
<http://www.dw.com/de/albr%C3%A4ume-und-abschiebungen-ein-jahr-asympaket-ii/a-37961168>
(17.03.17)

- Wie die *Welt* berichtet, fordern Teile in der SPD erneut, dass Menschen syrischer Staatsbürgerschaft mit subsidiärem Schutz ihre Familien nachholen können. Zwei Vorschläge wurden gemacht: entweder, die Aussetzung des Familiennachzugs komplett zu verwerfen oder dass die deutschen Botschaften und Konsulate bereits jetzt die Anträge auf Familiennachzug annehmen und beginnen zu bearbeiten, den Nachzug aber weiterhin bis 2018 auszusetzen.
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article162805944/SPD-will-Syrern-erlauben-ihre-Familien-zu-holen.html> (13.03.17)
- Unter der Leitung des Bundesinnenministeriums hat das von Bund und Ländern getragene „Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr“ am vorvergangenen Montag mit seiner Arbeit begonnen. Tatsächlich sollen dort in erster Linie Abschiebungen koordiniert werden um die Zahl der Abgeschobenen noch weiter zu steigern.
http://www.migazin.de/2017/03/14/koordinierungszentrum-fuer-abschiebungen-nimmt-arbeit-auf/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter (14.03.17)
- 22 Ärzt*innen führt allein die Bundespolizei, die sie regelmäßig kontaktiert, damit sie der Behörde die Reisefähigkeit Abzuschiebender gegen Honorar feststellen. 90€ kann ein*e Ärzt*in dafür in der Stunde verdienen. Innerhalb der Berufsgruppe findet ein solches Vorgehen scharfe Kritik und wird als unethisch bezeichnet. Zudem setzten die Innenminister bei den als Abschiebeärzt*innen bezeichneten Kolleg*innen auf niedrige Qualität bei der Arbeit. Einen 2004 erstellten Kriterienkatalog der Bundesärztekammer zur Prüfung der Reisefähigkeit ignorierten die Landesinnenminister.
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/abschiebeaerzte-aerzte-leisten-umstrittene-hilfe-bei-abschiebungen-a-1213529> (15.03.17)
- Die Abschiebung einer Mutter und ihrer Kinder aus Niedersachsen in den Dublin-Staat Bulgarien und die dabei vollzogene Trennung von ihrer Familie war rechtswidrig. Die Ausländerbehörde Hannover hatte keine neue Abschiebungsandrohung ausgestellt. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat setzte sich dafür ein, dass die Familie zurückgeholt werde. Stattdessen sollen nun Vater und Sohn, die in Deutschland verblieben waren, auch nach Bulgarien abgeschoben werden. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat beruft sich auf die Zusage der Landesregierung, keine Familien auseinanderreißen zu wollen. Das dies nun doch geschehe zeige, wie stark sich auch diese Regierung von Rechts treiben lasse.
<http://www.taz.de/!5389671/> (15.03.17)
- Ein psychischer schwer erkrankter Mann wird aus der Psychiatrie in Gießen ins Landratsamt gelockt, angeblich geht es um die Kosten für seinen Klinikaufenthalt. Stattdessen wird er dort von zwei Beamten der Polizei abgeholt und in den Kosovo abgeschoben. Die mit anwesende Sozialarbeiterin weist den Amtsarzt darauf hin, dass eine Abschiebung der sichere Tod für den Mann bedeute. Er sei schwer traumatisiert und depressiv. Im Kosovokrieg musste er Leichen begraben, als Rom sieht er sich Diskriminierung ausgesetzt. Die Abschiebung wird dennoch vollzogen, der Amtsarzt weist die Sozialarbeiterin ab, er sei stolz auf seine Arbeit und verdiene sehr gutes Geld dafür. Bisher kam kein Lebenszeichen von dem abgeschobenen Menschen. Der Präsident der hessischen Landesärztekammer geht mit der Abschiebung des Mannes hart ins Gericht. Sie sei unethisch, außerdem habe die Kommunikation zwischen den Behörden offenbar nicht funktioniert. Der Kreisverwaltung lagen sehr wohl Gutachten von Ärzt*innen vor, die eine posttraumatische Belastungsstörung attestierten.
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/abschiebungen-aus-der-psychiatrie-direkt-in-den-kosovo-a-1213573> (15.03.17)

<http://www.fr.de/rhein-main/asyl-aerztepraesident-verurteilt-abschiebung-a-1231131> (16.03.17)

- Waren Familientrennungen in Sachsen bisher „tragische Ausnahmen“, musste der Sächsische Flüchtlingsrat nun feststellen, dass sie bewusst in Kauf genommen werden. Ehemann und drei Kinder einer Familie wurden abgeschoben obwohl der Frau ein Abschiebehindernis auf Grund von Krankheit bescheinigt wurde. Die Frau wurde derart unter Druck gesetzt, dass sie sich zur „freiwilligen Ausreise“ Richtung Kosovo zu ihrer Familie entschloss. Aus unserer Sicht war die Abschiebung rechtswidrig. Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. musste für dieses Jahr bereits zwei Familientrennungen dokumentieren. Unsere [PM](#) hier.
<http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Saechsischer-Fluechtlingsrat-beklagt-brutale-Abschiebungen> (14.03.17)
<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Saechsischer-Fluechtlingsrat-beklagt-brutale-Abschiebungen-artikel9857144.php> (14.03.17)
http://www.focus.de/regional/dresden/migration-fluechtlingsrat-beklagt-trennung-von-familien_id_6789241.html (14.03.17)
- Beamte des Bundeskanzleramts trafen sich mit Vertretern der Organisation „Veto. Bündnis für mehr Menschlichkeit“, ein Zusammenschluss ehrenamtlicher Unterstützer*innen. Die Organisation hatte bereit im Oktober letzten Jahres einen Streik der Ehrenamtlichen für Bayern ausgesprochen. Bei dem Treffen im Kanzleramt wurden Forderungen wie die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Unterstützer*innen sowie ein Verbot von Abschiebungen in Kriegsgebiete und die Aussetzung der Dublin-Verträge erhoben.
<http://www.fr.de/politik/fluechtlingshilfe-der-frust-der-freiwilligen-helfer-a-1220277> (15.03.17)
- Am Samstag demonstrierten in Leipzig ein paar Nazis, mehr als 1.500 Menschen demonstrierten gegen sie.
<http://www.mdr.de/sachsen/leipzig/rechte-und-linke-demonstrationen-in-leipzig-100.html> (18.03.17)

Hintergrund und Meinung

- Robert Misik analysiert in einem Essay in der *taz* die Wahl in den Niederlanden bei der der amtierende Premierminister Mark Rutte mit seiner liberalkonservativen Partei stärkste Kraft wurde und den Nationalisten und Rassisten Geert Wilders hinter sich ließ. Die Linksgrünen vervierfachten ihr Wahlergebnis mit einem liberalen, proeuropäischen Wahlkampf. Für Misik zeigt die Wahl, dass die „Lust des Elektorats nach rechtspopulistischen Abenteuern [...] spürbar abgenommen“ habe. Hier habe Rutte aber mit einer klaren Positionierung nach Rechts und einer Anpassung an die Forderungen von Wilders gewonnen. Alexander Van der Bellen habe bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich mit der gegenteiligen Strategie der klaren Positionierung gegen Rechts gewonnen, auch der französische Präsidentschaftskandidat Emmanuel Macron gehe so vor. Wahltaktisch könne laut Misik nicht gesagt werden, welcher Ansatz nun der „richtigere“ sei. Für Misik ist aber klar, dass nur das Entstehen für eine liberale Gesellschaft den Aufstieg der Rechten stoppen könne.
<http://www.taz.de/Essay-Europas-Rechtspopulisten/!5389753/> (16.03.17)
- Im Interview mit *SPON* spricht der Migrationsforscher Jochen Oltmer über Parallelen bei Fluchtbewegungen. Diese existierten auch zwischen der Flucht von 220.000 Menschen ungarischer Staatsbürgerschaft nach dem Aufstand von 1956 nach Deutschland und den heutigen Fluchtbewegungen. Allerdings nicht in ihren historischen Umständen. Viel mehr wiederholten sich die Argumentationsmuster im Diskurs. Jedes Mal werde erneut das „Wir“ und das „Die“ ausgehandelt und dabei jedes Mal neu bestimmt, wer „fremd“ und wer eine „Bereicherung“ sei. Auch die Argumentationen hinsichtlich der Verteilung von Ressourcen wiederholten sich. Dabei könne es sogar sein, dass die Öffentlichkeit sich selbst

widerspreche, gleichzeitig zu asylpolitischer Öffnung wie Schließung tendiere. So geschehen sei das in 1980 als Menschen iranischer, türkischer und polnischer Staatsbürgerschaft verstärkt nach Deutschland flohen und die mehrheitliche Stimmung sich deutlich gegen ihre Aufnahme aussprach. Gleichzeitig sei aber die Aufnahme der als „Boatpeople“ genannten Fliehenden vietnamesischer Staatsbürgerschaft weitläufig gefordert worden. Weiterhin weist Oltmer darauf hin, dass der Begriff der Migration bereits eine hierarchisierende Komponente enthalte. Das Sesshafte gelte bereits in der römischen Antike als zivilisiert und gut. Der Zustand des Wanderns dagegen sei barbarisch. Heute gelte, dass wer zum Austauschsemester nach Tokyo fliege, „mobil“ sei, wer von Afghanistan nach Deutschland fliehe, „Migrant*in“ sei.

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/deutsche-einwanderungspolitik-merkel-handelt-hier-voellig-rational-a-1139109.html> (20.03.17)

- Bericht in *Kontraste* vom *RBB* über Willkommensklassen. Gezeigt werden die Herausforderungen beim Lernen, mit denen Menschen mit Fluchtbiographie konfrontiert sein können. Darüber hinaus wird auch dargestellt, wie diese Willkommensklassen die Schüler*innen vom regulären Schulunterricht separieren. Der Lehrerverband äußert in dem Bericht seine Kritik an den Landeskultusminister*innen. Sie würden die Integration von Kindern in Schulbildung nicht ausreichend finanzieren. Der Verband schlägt eine Beteiligung des Bundes vor. Die politisch Verantwortlichen berufen sich auf das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik.

<http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-16-03-2017/schulpolitik-fuer-fluechtlingskinder.html> (16.03.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe